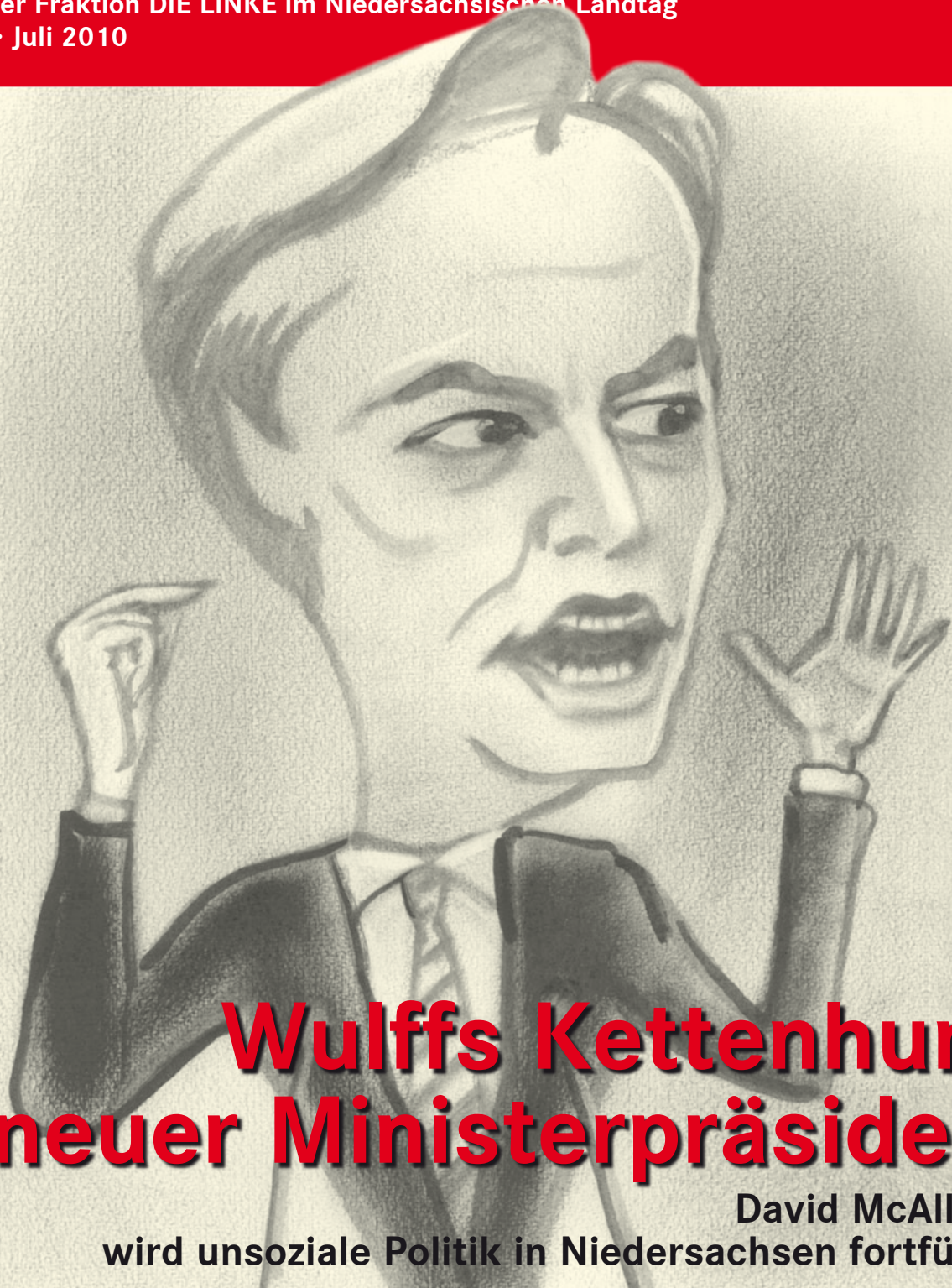


# DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
Nummer 20 · Juli 2010



## **Wulffs Kettenhund ist neuer Ministerpräsident**

David McAllister  
wird unsoziale Politik in Niedersachsen fortführen

*In dieser Ausgabe lesen Sie:*

Editorial .....	Seite 2
Linke kritisieren neuen Ministerpräsidenten .....	Seite 2
Fraktion spendet Diätenerhöhung .....	Seite 3
Land missachtet soziale Standards .....	Seite 3
Nulltoleranzpolitik gegenüber Cannabis-Konsumenten .....	Seite 3
Neues Hochschulgesetz schlecht für Studierende .....	Seite 4
Konferenz zur Zukunft des ländlichen Raums .....	Seite 4

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

## Editorial

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

Niedersachsen hat einen neuen Ministerpräsidenten: David McAllister. Sein Vorgänger Christian Wulff war ein schwacher Ministerpräsident und er hat sich einen schwachen Abgang ins Schloss Bellevue organisiert. David McAllister war als CDU-Fraktionsvorsitzender jahrelang Wulffs Kettenhund und Einpeitscher. Als Zögling seines Vorgängers wird McAllister die unsoziale Politik der vergangenen Jahre hemmungslos fortsetzen – aber hoffentlich



nicht mehr lange. Wir werden dafür kämpfen, dass diese unsoziale Regierung möglichst bald ein Ende findet. Ansonsten dominierte die Diätenerhöhung – also

die unverschämte Selbstbedienung von CDU, SPD und FDP – die Berichterstattung der Medien über die Landtagssitzung im Juni. Neben den GRÜNEN haben wir LINKEN diese Erhöhung abgelehnt. Freuen wird sich Minna Faßhauer – die Namensgeberin unseres Vereins, der von allen LINKEN Abgeordneten die Nettoerhöhung überwiesen bekommt. Minna gibt das Geld guten politischen und sozialen Projekten und gleicht so die unsoziale Politik der Herrschenden wenigstens ein bisschen aus.

Daneben drohten unsere vielen parlamentarischen Initiativen in den Medien fast verloren zu gehen – zum Beispiel die für den Mindestlohn in einem reformierten Landesvergabegesetz oder unsere Initiative für eine Konferenz zur ländlichen Armut. Aber damit das nicht in Vergessenheit gerät, gibt es ja den Kritikpunkt.

Viel Spaß beim Lesen – und einen tollen Sommer wünscht

*Manfred Sohn*

Manfred Sohn

# „Wir brauchen einen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen!“

## Die Antwort der Fraktionsvorsitzenden Kreszentia Flauger auf die erste Regierungserklärung von Ministerpräsident David McAllister

In den letzten Wochen haben meine Fraktion und ich gemeinsam mit vielen Arbeitslosen und Hartz IV Empfängern an der Montagskundgebung gegen Hartz IV hier in Hannover am Schillerdenkmal und an vielen anderen Orten in Niedersachsen teilgenommen. Wir haben dort mit Betroffenen gesprochen, die sich bitterlich und zu Recht bei der Politik beschwert haben. Diese Menschen hätten es verdient gehabt in ihrer Regierungserklärung erwähnt zu werden und eine Aussicht zu bekommen, wie sie ihr Leben wieder würdig gestalten könnten. Sie haben diesen Menschen heute entweder keine Antworten geben können, oder wollten es nicht. Deswegen sind Sie schon gescheitert, bevor Sie richtig begonnen haben!

(...) Gegen den Bundestrend steigt in Niedersachsen die Jugendarbeitslosigkeit zum Vormonat um 6,2 Prozent und auch im Jahresvergleich ist die Entwicklung erheblich schlechter als im Bundesvergleich. Die Niedersächsische Armutsquote liegt nach sieben Jahren Schwarz-Gelb bei 15,8 Prozent! Das sind über 1,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zwischen Küste und Harz. (...) Nach Angaben des Deutschen Landkreistages sind acht Prozent der Niedersachsen unter 65 Hartz-IV Bezieher. (...) Das ist die katastrophale Bilanz nach sieben Jahren Schwarz-Gelb in Niedersachsen. (...) Eine zentrale Aufgabe jeder Landesregierung ist die Bekämpfung der immer noch dramatischen massenhaften Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Wir wollen gute Arbeit für Niedersachsen, die auch ordentlich bezahlt ist (...) Wenn Sie dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf für ein Landesvergabegesetz mit festem Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro zustimmen, können sie bereits jetzt einen eigenen Beitrag für ein Ende von Dumpinglöhnen leisten. (...) Und wenn sie schon dabei sind, hören Sie endlich auf, einem vernünftigen öffentlichen Beschäftigungssektor im Wege zu stehen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Berlin und Brandenburg und schaffen Sie mit uns die finanziellen Grundlagen, dass Langzeitarbeitslose in Niedersachsen wieder in Arbeit kommen.

Beenden Sie ihre schwarz-gelbe Schuldenpolitik und fangen Sie endlich an, die Einnahmeseite des Staates wirkungsvoll zu stärken statt nur die fehlende Finanzkraft zu beklagen ... Meine Fraktion wird in diesem Landtag nicht ruhen, bis eine Mehrheit in diesem Landtag endlich Schritte gegen die dramatische Finanzlage der

Kommunen unternimmt. Die Haushaltsentwicklung der Kommunen zwischen Ems und Harz ist in der Tiefe nicht von diesen selbst verschuldet worden. Ihre Koalition hat in den vergangenen Jahren die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern lassen. In einem ersten Schritt muss die von Schwarz-Gelb durchgedrückte Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 580 Millionen Euro zurückgenommen werden.

(...) Wir fordern die Wiedererhebung der reformierten Vermögenssteuer! Wir verlangen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Lohn-



Die Positionen könnten gegensätzlicher kaum sein: Niedersachsens neuer Ministerpräsident David McAllister und LINKEN-Fraktionschefin Kreszentia Flauger.

und Einkommenssteuer! Wir fordern die Reform der Erbschaftssteuer zu einer Großerbensteuer und wir verlangen eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer, in der die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer auf Freiberufler erweitert wird.

(...) Weit über 100.000 Menschen haben bereits das Volksbegehren für mehr und bessere integrierte Gesamtschulen unterschrieben. Es wird Zeit, dass diese Regierung ihre Blockade gegen die Gesamtschulen beendet! Und es wird Zeit, dass in Niedersachsen wieder die volle Lernmittelfreiheit eingeführt wird. (...) Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, dass der Zugang von Bildung nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt. Stimmen sie endlich der Abschaffung der Studiengebühren zu!

Ihre Regierung hat in den vergangenen Jahren den Ruf Niedersachsens als weltoffenes und tolerantes Land nachhaltig beschädigt: Sie haben Niedersachsen in das Abschiebeland Nummer 1 in der Bundesrepublik verwandelt. (...) Lassen sie mich zum Abschluss noch eine Einladung aussprechen. Es wird Zeit, dass ein niedersächsischer Ministerpräsident an den Protesten gegen den Castor-Transport im Herbst teilnimmt. (...) Beenden sie den Gorleben-Wahn. (...) Herr McAllister, Ihre Politik ist offensichtlich nicht darauf ausgerichtet, Niedersachsen sozial gerechter zu gestalten. (...) Niedersachsen braucht aber jetzt einen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit!

# Politiker-Diäten steigen – Arbeitslose müssen verzichten

Während die herrschenden Politiker die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem den sozial Schwachen aufbürden, haben sie ihre eigenen Bezüge kräftig angehoben. Gegen die Diätenerhöhung für Landtagsabgeordnete um 405 Euro auf 6.000 Euro monatlich stimmten nur die Grünen und die LINKEN. „Diese Politik ist wirklich dreist“, kommentiert der linke Fraktionsvorsitzende Manfred Sohn. „Wasser predigen und Wein trinken – das ist die Devise.“ Die linken Abgeordneten spenden

die Erhöhung dem von der Fraktion ins Leben gerufenen Minna-Faßhauer-Verein, der mit dem Geld soziale Initiativen und Projekte fördert. Die Fraktionsvorsitzende Kreszentia Flauger ermuntert Organisationen und Gruppen, Spendenanträge zu stellen.

## Geheimniskrämerei um neue Hartz-IV-Regelsätze

Wie gleichgültig den schwarz-gelben Politiker/innen die prekäre Lebenssituation von Arbeitslosen ist, zeigt auch ein Blick auf die Hartz-IV-Regelsätze. Obwohl das Bundesverfassungsgericht deren Berechnung im Februar für grundgesetzwidrig erklärt hatte, ist von einem transparenten Verfahren zur Neuberechnung bisher nicht viel zu er-

kennen. Der Paritätische Gesamtverband spricht von „Geheimniskrämerei“ der Bundesregierung. Die Linksfraktion kritisiert das und fordert die

### Wer war Minna Faßhauer?

Die Linksfraktion möchte mit dem Namen des Fördervereins Minna Faßhauer e.V. an die erste Frau in Deutschland erinnern, die ein Ministeramt bekleidete. Minna Faßhauer war nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Kultusministerin der sozialistischen Republik Braunschweig. Sie engagierte sich für die Gleichberechtigung von Frauen und gegen das Verbot, das Frauen politisches Engagement untersagte. Die Frauenrechtlerin war Mitglied im Spartakusbund und später in der Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD). Nazirichter schickten sie wegen „Hochverrats“ ins Konzentrationslager Moringen bei Göttingen. Nach Kriegsende beteiligte sich Minna Faßhauer am Neuaufbau der KPD in Braunschweig und starb drei Jahre später im Alter von 73 Jahren.

Landesregierung in einem Antrag auf, im Bundesrat auf die rasche Umsetzung des Richterspruchs zu drängen. Danach müssen die Regelsätze durch die genaue Erfassung des tatsächlichen Bedarfs neu bemessen werden, um den Empfänger/innen ein menschenwürdiges Grundeinkommen zu ermöglichen.

Die Bundesregierung will mit der Neuberechnung bis zum Herbst

warten, dann liegt die Einkommens- und Verbraucher-Stichprobe des Statistischen Bundesamtes auf dem Tisch. Diese kommt nicht nur reichlich spät, sondern ist auch unzureichend, weil sie den besonderen Bedarf von Kindern nicht erfasst. „Dessen eigenständige Berechnung haben die Richter aber ausdrücklich verlangt“, betont Patrick Humke-Focks, sozialpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag. Außerdem verberge sich hinter den Zahlen ein großer Anteil versteckter Armut, die den Regelsatz bei der Berechnung fehlerhaft nach unten verschiebe. Die Linksfraktion fordert in ihrem Antrag, Arbeitsloseninitiativen, Sozialverbände, Kirchen und Gewerkschaften an der Neuberechnung des Regelsatzes zu beteiligen, der bei mindestens 500 Euro liegen müsse.

# Land muss soziale Standards einhalten!

Viele Behörden achten bei der Vergabe von Aufträgen an Unternehmen weder auf Umweltkriterien noch darauf, ob die Firmen ihre Mitarbeiter tarifgerecht bezahlen und soziale Standards einhalten. Die Linksfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesvergabegesetzes in den Landtag eingebracht, der auch für Subunternehmen und Zulieferer gelten soll. Zu den Kernpunkten des Entwurfs gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 8,50 Euro. Außerdem sollen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) eingehalten und umweltverträgliche Beschaffungen und Arbeitsausführungen garantiert werden. Die ILO-Kernarbeitsnormen schließen Unternehmen aus, die sich mit Kinder- oder Zwangsarbeit bereichern. In einem zweiten Schritt will DIE LINKE den Mindestlohn möglichst schnell auf zehn Euro anheben, um dauerhaft ein Einkommen oberhalb der Armutsschwelle sicherzustellen, um



**Auch die Pflege von Grünflächen durch private Firmen wird meist schlecht bezahlt. Ein neues Landesvergabegesetz soll das ändern.**

# Landesregierung macht weiter Jagd auf Kiffer

*Jeder vierte Erwachsene hat schon einmal Haschisch oder Marihuana konsumiert, obwohl bereits der Besitz geringer Mengen eine Straftat darstellt, die zudem den Entzug des Führerscheins begründen kann. Fachleute weisen seit Jahren darauf hin, dass die gesundheitlichen Gefahren geringer sind als bei Alkohol und Nikotin. Gleichzeitig hat die alte Kulturpflanze einen hohen medizinischen Nutzen. Durch das Verbot haben Patient(inn)en jedoch Schwierigkeiten an Hanfpräparate zu gelangen. Trotzdem will die Landesregierung an ihrer Nulltoleranzpolitik gegen Cannabis festhalten. Dies ergab eine Große Anfrage der Linksfraktion, die sich für die überfällige Legalisierung einsetzt.*



*Gesundheitsministerin Aygül Özkan (CDU) rechtfertigte diese Politik mit gesundheitlichen Gefahren. Damit ignoriert sie weiter, dass erst durch den fehlenden staatlichen Einfluss gestreckte Produkte in Umlauf kommen. Vom illegalen Handel profitieren zwielichtige Gestalten, harte Drogen sind nicht weit. „Um diese Probleme zu lösen und junge Leute über Wirkungen und Gefahren aufzuklären, muss Hanf dem Schwarzmarkt entzogen werden“, sagte der LINKE-Abgeordnete Victor Perli. Durch eine Konsum-Besteuerung würde der Staat mehrere Milliarden Euro einnehmen, mit denen das Gesundheitssystem entlastet und die Prävention gestärkt werden könnte. Das Verbot führe zudem nicht zu einem Konsumrückgang: In den Niederlanden, wo seit über 30 Jahren der Verkauf an Volljährige toleriert wird, konsumieren deutlich weniger Jugendliche und Erwachsene Cannabis als in Deutschland.*

## Landeskonferenz soll Probleme auf dem Land angehen

*DIE LINKE im Landtag hat eine Landeskonferenz zur „Zukunft des ländlichen Raumes in Niedersachsen“ beantragt, um die vielen Probleme auf dem Land anzugehen und damit einen Vorschlag der Gewerkschaft ver.di aufgegriffen. Auf der Konferenz sollen Verbände, Gewerkschaften, Vereine, Kirchen und Politiker/innen Umsetzungsstrategien entwickeln. Ausgehend von dieser Konferenz wird die Landesregierung beauftragt, in einem partizipatorischen Ansatz unter Mitwirkung aller Akteure eine ressortübergreifende Entwicklungsstrategie auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen. und danach dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Möglichst viele Organisationen sollen mit am Tisch sitzen, um eine bloße Alibiveranstaltung zu verhindern. „Wir wollen keine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg machen“, betont die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion Marianne König. Wie wichtig eine solche Konferenz ist, hat jüngst eine Große Anfrage der Linksfraktion gezeigt. Die Landesregierung musste in ihrer Antwort eingestehen, dass weite Teile des Landes abgehängt sind. In den Dörfern fehlen Infrastruktureinrichtungen wie Lebensmittelmärkte, Postämter oder schnelle Internetschlüsse; die wirtschaftliche Entwicklung ist unzureichend und gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen. Junge und qualifizierte Menschen wandern ab, die ältere Generation bleibt zurück. Soziale Beziehungen werden zerrissen, und Dorfkern veröden. Schließlich fehlen Programme, die die Armut bekämpfen. Betroffene werden zwar lange Zeit von den Familien aufgefangen. Ist die Armut aber einmal offensichtlich geworden, werden Menschen stigmatisiert und ausgegrenzt.*

## Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
 Redaktion: Christian Degener und Michael Fleischmann  
 Tietelbild:  
 V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt  
 info@linksfraktion-niedersachsen.de  
 www.linksfraktion-niedersachsen.de

## Neues Hochschulgesetz schlecht für Studierende

CDU und FDP haben das niedersächsische Hochschulgesetz geändert. In Zukunft sollen auch Menschen ohne Abitur einfacher studieren können, wenn sie einen Berufsabschluss und eine dreijährige Berufspraxis nachweisen können. Die Linksfraktion begrüßt diesen Schritt zwar, vermisst aber eine Öffnung des Masterstudiums für lebenslanges Lernen. Der hochschulpolitische Sprecher Victor Perli mahnte im Landtag außerdem mehr Geld für die Hochschulen an, damit sie für die neuen Studierenden auch Betreuungsangebote machen können. Gerade in der Anfangszeit brauchen Studierende ohne Abitur an der Hochschule gezielte Unterstützung.

Die Landesregierung hat das Hochschulgesetz auch in punkto Studiengebühren geändert. Da die Hochschulen die Gebühren nur für die Lehre verwenden dürfen, hatte sich zwischenzeitlich ein Berg von rund 90 Millionen Euro nicht ausgegebener Gelder aufgetürmt. Um der Empörung darüber und den Rufen nach einer Abschaffung der Gebühren zu begegnen, hat die schwarz-gelbe Koalition jetzt die Einführung von Stiftungen beschlossen. Dort können die Hochschulen die Gelder quasi „parken“. Victor Perli kritisierte diesen unglaublichen Vorgang und forderte, die Gebühren sofort an die Studierenden zurückzahlen!

### Land muß soziale Standards einhalten!

*Fortsetzung von Seite 3*

dauerhaft ein Einkommen oberhalb der Armutsschwelle sicherzustellen. Das Gesetz soll außerdem nicht mehr nur für Bauaufträge gelten, sondern alle Dienstleistungen und den Öffentlichen Nahverkehr einschließen. Hintergrund für die Gesetzesinitiative ist die gestiegene Bedeutung von Auftragsvergaben durch den Staat. Behörden erbringen staatliche Leistungen immer weniger selbst, sondern schreiben diese aus und vergeben sie an private Unternehmen. Gleichzeitig drohen immer mehr Branchen ins Lohndumping abzuleiten.

Drittens wird die Hochschuldemokratie weiter geschleift. Soll eine „herausragende Persönlichkeit“ für einen Lehrstuhl gewonnen werden, kann die Hochschule in Zukunft auf eine Ausschreibung der Stelle verzichten. Nach Ansicht mancher Experten ist dieser Demokratieabbau grundgesetzwidrig, weil der Zugang zu einem öffentlichen Amt damit massiv behindert wird. In den „profilbildenden Bereichen“ einer Hochschule, kann der Senat fortan beschließen, dass die Berufskommission für Neueinstellungen nur aus ProfessorInnen oder „gleichermaßen geeigneten Personen“ besteht.

Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter/innen bleiben mit ihrem Fachwissen außen vor, Demokratie und Mitbestimmung auf der Strecke. Eine Klausel im neuen Hochschulgesetz erlaubt sogar, alle Beteiligungsrechte außer Kraft zu setzen, wenn eine Hochschule im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert wird. Nur das Fachministerium muss dann noch zustimmen. Pikant: CDU und FDP haben diesen weitreichenden Paragraphen erst nach der Anhörung mit den Betroffenen aus den Hochschulen vorgelegt, um deren Interessen nicht berücksichtigen zu müssen. „Das ist ein ungeheuerliches Vorgehen“, sagte Victor Perli.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ursula Weisser-Roelle, erinnerte im Landtag an Artikel 6a der Niedersächsischen Verfassung. Danach muss das Land darauf hinwirken, dass jeder Mensch Arbeit findet und dadurch auch seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Das neue Bundesvergaberecht ermöglicht, genauso wie die Vergaberichtlinien der Europäischen Union, soziale und ökologische Standards. „Es ist an der Zeit, dass diese auch in das Niedersächsische Landesvergabegesetz einfließen“, so Weisser-Roelle. Der Gesetzentwurf belaste die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen nicht zusätzlich, ein Mindestlohn führe zu höheren Einnahmen bei der Lohnsteuer.

## Dokumentation zu den Armutsforen der LINKEN im Landtag

Weiteres Informationsmaterial finden Sie auf unserer Homepage: [www.linksfraktion-niedersachsen.de](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de)

Bestellen Sie die Materialien kostenlos bei uns: Fraktion Die LINKE.

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 · 30159 Hannover  
 Tel.: 05 11/30 30 44 02 · Fax: 05 11/30 30 48 80  
[info@linksfraktion-niedersachsen.de](mailto:info@linksfraktion-niedersachsen.de)

**Armutsforen**  
 in Hannover, Göttingen, Wilhelmshaven und Wolfsburg



Abschlussbericht

**DIE LINKE.**  
 Fraktion im Niedersächsischen Landtag